

Wahrheit • Klarheit • Offenheit

UN

UNABHÄNGIGE
NACHRICHTEN

www.un-nachrichten.de
3618 • 48. Jahrgang • Oktober 2016

Postfach 10 17 06 • 46017 Oberhausen • UN 10/2016

Deutschland wird abgeschafft



Wenn die Deutschen nicht schnell genug aussterben, wird nachgeholfen:

EU und UNO fordern die Ansiedlung von weiteren zig Millionen Kolonisten

Das offene Wort

Die Königin der Propagandalügen

»Wir schaffen das!« war ein Jahr lang das Mantra der bundesdeutschen Kanzlerin.

Es war ein Wort, das in die Geschichtsschreibung über den Niedergang Deutschlands eingehen wird.

Weil die breite Mehrheit der Deutschen sich aber gegen die Auflösung unseres Volkes wehrt und sich in allen Politikbereichen ein tiefgehendes Mißtrauen ausbreitet, beteuert sie jetzt (Zitat aus der Haushaltsdebatte im Bundestag am 7.9.2016) wider besseren Wissens:

»Deutschland wird Deutschland bleiben. Mit allem, was uns daran lieb und teuer ist!«

Auch diese Worte könnten in die Geschichte eingehen – als Höhepunkt oder Tiefpunkt der größten Propagandalügen unserer Zeit.

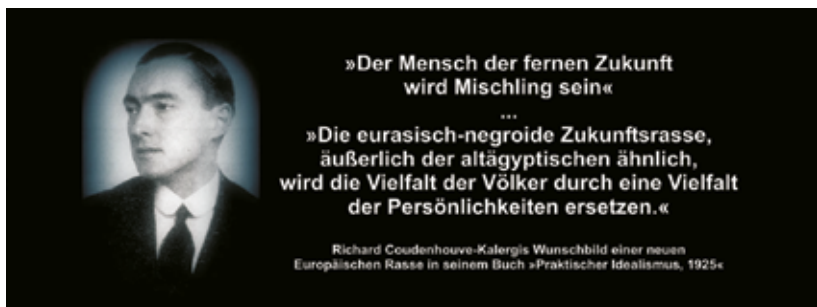
Deutschland verändert sich von Jahr zu Jahr dramatischer und viel tiefgreifender als nach den Katastrophen nach 1918 oder 1945:

Das Staatsvolk wird ausgetauscht, das Staatsgebiet und seine Grenzen sind offen für alle Welt und die Staatsgewalt der Gesetzgebung ist bis zu 80 Prozent an Eurotopia abgetreten worden.

Doch **»Merkel muß weg!«** allein genügt nicht. Das ganze Kartell der Bundestagsparteien macht mit und würde in anderer Farbmischung (rot-rot-grün) die Volksauflösung noch stärker vorantreiben.

Rettet unser Volk vor allen diesen Parteien!, meint

Ihre Sabine Möller



Seit über 100 Jahren:

»Deutschland muß vernichtet werden!«

»Germaniam esse delendam«

Deutschland ist der Mittelpunkt Europas, eingebettet zwischen den Mächten Großbritannien, Frankreich und Rußland. Die Stärke Deutschlands war immer seine Wirtschaft. Allerdings war es auch diese Wirtschaftskraft, die von den anderen Mächten Europas bekämpft und deswegen Deutschland gleich zweimal in einen vernichtenden Weltkrieg getrieben wurde. Zur Erinnerung: Deutschland hat im Verhältnis zu den oben genannten Ländern nur wenige Kriege geführt.

Lange vor *Hitler* gab es die britische Zwangseinführung des »Made in Germany« als Versuch, die deutsche Wirtschaft zu schwächen. Bereits im August 1895 begann in der britischen Wochenzeitung *The Saturday Review* eine Artikelserie, die zur Vernichtung Deutschlands aufrief (vgl. UN 9/1987) und gipfelte in der Ausgabe vom 11.9.1897 mit den Worten »Germaniam esse delendam« (Deutschland muß vernichtet werden).

Die Ketten von Versailles

Der Erste Weltkrieg folgte schnell und mit dem Versailler Diktat hatten die genannten Mächte Deutschland dort, wo man es haben wollte: geknebelt, zerstückelt

und durch uferlose finanzielle Forderungen wirtschaftlich am Boden.

Als die wirtschaftlichen Nöte hierzulande immer größer wurden, wollte das Volk die Ketten von Versailles sprengen und wählte die Nationalsozialisten in die Parlamente. Schon wenige Tage nach der Regierungsbildung durch die Nationalsozialisten, am 24.3.1933, erschien im Londoner *Daily Express* die erste Kriegserklärung gegen Deutschland (vgl. UN 11/1988).

»Germany must perish«

Die alliierten Mächte gegen Deutschland hatten aus ihren Fehlern von Versailles gelernt und neben der Zerstückelung unseres Landes und enormen finanziellen Belastungen tauchten verstärkt Forderungen auf, das deutsche Volk zu vernichten.

Im Gegensatz zu den Ideen von *Henry Morgenthau* (vgl. UN 9/1996) blieben andere Pläne wie *Ernest Albert Hootens* »Should we kill the Germans« (vgl. UN 8/1986), *Theodore N. Kaufmans* »Germany must perish« (vgl. UN 9/2015) oder *Louis Nizers* »What to do with Germany« (vgl. UN 9/1996) eher unbekannt. Diese Pläne haben jedoch etwas gemeinsam:

Viele ihrer Ziele sind in der Gegenwart leider Wirklichkeit geworden.

Der große Plan wird vollendet

Die Zerschlagung Deutschlands auf alle Zeiten hinaus ist Programm. Man versteht, warum das Multikulti-Konzept bei unseren Politikern so populär ist. Die Islamisierung Europas, insbesondere Deutschlands, wurde von langer Hand vorbereitet und ist bereits in vollem Gange.

»Deutschland wird Deutschland bleiben – mit allem was uns daran lieb und teuer ist«, so Bundeskanzlerin Merkel ein Jahr nach ihrem berühmtem »Wir schaffen das«.

Beide Sätze werden wohl als Beispiele für politische Heuchelei in die Annalen der Geschichte eingehen.

Was der Bundeskanzlerin an Deutschland lieb und teuer ist, kann nicht das Volk sein.

Zur Zeit wird Deutschland mit Einwanderern regelrecht überfüllt. Verheerende Konflikte, der Kampf der Religionen, Bürgerkrieg, Glaubenskrieg – all das wird mit einkalkuliert. Man betet das durch Überfremdung entstehende Chaos regelrecht herbei

ZUM NACHDENKEN:

»Jahrhundertlang haben wir Europäer die Welt besiedelt, wir haben kolonialisiert, wir haben Völker ausgerottet und wir haben quasi die Welt übernommen. Aber wissen Sie, was – die Demographie des Planeten hat sich verändert. Und Europa wird jetzt einfach zurückbesiedelt von Nicht-Europäern. Wir sollten das einfach akzeptieren.«

Yanis Varoufakis, ehem. griechischer Finanzminister, 9.2.2016



Foto: Gémes Sándor/Szom/Szed / Wikimedia Commons / CC-BY-SA 3.0 (bearbeitet)

und ebnet den Weg, damit sich bald die einen gegen die anderen erheben und dabei gegenseitig aufreiben!

Der Verlust der nationalen Identität ist das Ziel. Nicht nur die Zerschlagung der Gesellschaft scheint wünschenswert, sondern die Verelendung einer ganzen Nation durch die schrittweise Überführung des gesamten Kapitals bzw. Vermögens des deutschen Volkes an ausländische Banken. Die Bürger Deutschlands sollen stets in der Vorstellung gehalten werden, daß diese Milliarden-Transfers (Rettungsschirme) »notwendig« seien, da sonst alles zusammenbrechen würde.

Sicher ist: Schon unsere Generation dürfte seiner Zukunft beraubt sein – ob kulturell oder finanziell. Man vertraut darauf, daß es in Deutschland keine Partei mehr an die Spitze schafft, die den Wahnsinn stoppen und das Ruder im letzten Moment noch einmal herumreißen könnte.

Alles läuft nach Plan

Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi gründete 1922 die »Paneuropa-Union«, zu deren Mitgliedern und Unterstützern unter anderem *Albert Einstein*, *Otto von Habsburg*, *Winston*

Churchill, *Konrad Adenauer*, *Thomas Mann*, *Franz Josef Strauß*, *Helmut Kohl*, *Roland Koch*, *Peter Altmaier* und *Angela Merkel* gehörten und gehören.

Die Vorstellungen des *Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi* finden sich in seinem Buch »Praktischer Idealismus« (vgl. dazu UN 9/2015). Seine Ideen leben heute in der EU weiter, nicht umsonst wird er mit einer Büste im Europarat in Straßburg geehrt.

»Bestandserhaltungsmigration«

Die Abteilung Bevölkerungsfragen der Vereinten Nationen verfolgt die demographische Entwicklung in allen Ländern der Welt. Für Europa stellt sie dabei einen »Bevölkerungsrückgang« und eine »Bevölkerungsalterung« fest.

Trotz stetig zunehmender Technologisierung der Wirtschaft (weniger Arbeitskräfte bei höherer Produktivität) spielt man bei den Vereinten Nationen verschiedene Szenarien durch, wie der ausgemachte »Bevölkerungsrückgang« bis zum Jahr 2050 ausgeglichen werden soll.

Dabei rechnet man auch mit Zahlen, die eine »Bevölkerungsalterung« ausgleichen sollen:

Europa muß sich seiner Geschichte bewußt werden

Nick Griffin, ehemaliger Vorsitzender und Europaabgeordneter der British National Party, sprach am 12.3.2014 im Europa-Parlament über den gezielt herbeigeführten Genozid an den Europäern:

»Der Pate der europäischen Union, Richard Coudenhove-Kalergi, veröffentlichte den Plan für ein vereinigtes Europa und für den kulturellen Völkermord der Völker Europas. Die Förderung massenhafter, nicht-weißer Zuwanderung war ein zentraler Teil diesen Plans!«

»Da der Widerstand der einheimischen Bevölkerung gegen diese humangenetische Modifizierungsindustrie wächst, sucht die kriminelle Elite weitere Wege, um ihre angestrebten Ziele zu verschleiern.

Zuerst waren die Immigranten temporäre Gastarbeiter, dann war es ein multirasistisches Experiment, dann waren es Flüchtlinge und dann die Antwort auf die schrumpfende Bevölkerung.

Unterschiedliche Ausreden, unterschiedliche Lügen – und Asyl ist nur eine weitere Lüge.

Doch das wahre Ziel bleibt das gleiche: ██████████ Völkermord der Menschheitsgeschichte, die Endlösung für das christlich-europäische Problem.

Dieses Verbrechen verlangt ein neues Nürnberger Tribunal, und ihr Leute werdet auf der Anklagebank sitzen!«

● auf anwaltlichen Rat gestrichen

Um die Gesamtbevölkerungszahl zu erhalten, müßten bis 2050 über 17 Millionen Asiaten und Afrikaner in der Bundesrepublik angesiedelt werden, um das Altersverhältnis beizubehalten sogar 181 Millionen! Diese Zahlen wären aber kein »Ausgleich« mehr, sondern ein Austausch. Die Berechnungen für andere europäische Länder sehen ähnlich aus.

Die Ergebnisse mögen mathematisch vielleicht richtig sein, dennoch bleibt das alles eine Milchmädchenrechnung!

Die noch vorhandenen Arbeitsplätze werden immer weniger (demnächst sollen sogar Fahrzeuge ganz ohne Fahrer auskommen) – wer bitte soll für die Sozialkosten der anzusiedelnden Menschenmassen aufkommen?

Was passiert nach 2050, wenn schlimmstenfalls die 181 Millionen »Angesiedelten« eine Rente ausbezahlt bekommen wollen?

Deutschland braucht keine 80 plus x Millionen Einwohner, um zu funktionieren. Gefordert ist eine echte Solidargemeinschaft von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Rentnern, um die geplünderten Sozialkassen zu retten – keine zusätzlichen Hartz-IV-Empfänger von anderen Kontinenten.

Daß unsere Bundestagsabgeordneten nur noch umzusetzen haben, was an Vorgaben aus Brüssel kommt, ist bekannt.

Daß die Umvolkung Europas und insbesondere Deutschlands von den Eurokraten aus Brüssel vorangetrieben wird, vielleicht weniger.

Dabei legt man sich dort geradezu ins Zeug, die Bevölkerung Europas schnellstmöglich auszutauschen.

Eigentlich sollte man, will man eine Bevölkerung vermehren, jungen Familien Anreize schaffen, mit mehreren Kindern mehrere Vorteile zu haben, anstatt diese zu benachteiligen. Das wissen auch Politiker. Da das aber

nicht passiert, ist es offensichtlich auch nicht gewollt.

Gewollt ist jedoch, daß Millionen Menschen von anderen Kontinenten Europa besiedeln.

Nichts anderes wird von der Europäischen Kommission, also der obersten Regierung Europas, gefordert, geplant und umgesetzt.

»Neuansiedlung«

Dies passiert inzwischen nicht mehr heimlich in abgeschotteten Hinterzimmern, sondern ganz offiziell mittels Pressemitteilung:

»Brüssel, 13. Juli 2016. Die Europäische Kommission schlägt heute einen EU-Neuansiedlungsrahmen vor. Damit soll eine gemeinsame europäische Neuansiedlungspolitik festgelegt werden« als eine »langfristige Strategie für eine bessere Steuerung der Migration.«

»Der künftige Neuansiedlungsrahmen soll durch jährliche EU-Neuansiedlungspläne umgesetzt werden, [...] die durch gezielte, von der Kommission angenommene EU-Neuansiedlungsprogramme in die Praxis umgesetzt werden.«

»Zur Unterstützung der Neuansiedlungsbemühungen der Mitgliedstaaten im Rahmen der gezielten EU-Programme stellt die Kommission für jede neu angesiedelte Person 10.000 EUR aus dem EU-Haushalt zur Verfügung.«

Europäische Kommission, 13.7.2016

Mit anderen Worten: Keiner der »Flüchtlinge« soll in seine Heimat zurückkehren!

Früher nannte man das Kolonialismus. Heute, im orwellschen Neusprech, nennt man das »Neuansiedlung«.

BVerfG: »Kunst im Sinne des Grundrechts«: **»Deutschland muß sterben, damit wir leben können«**

»Deutschland muß sterben, damit wir leben können«

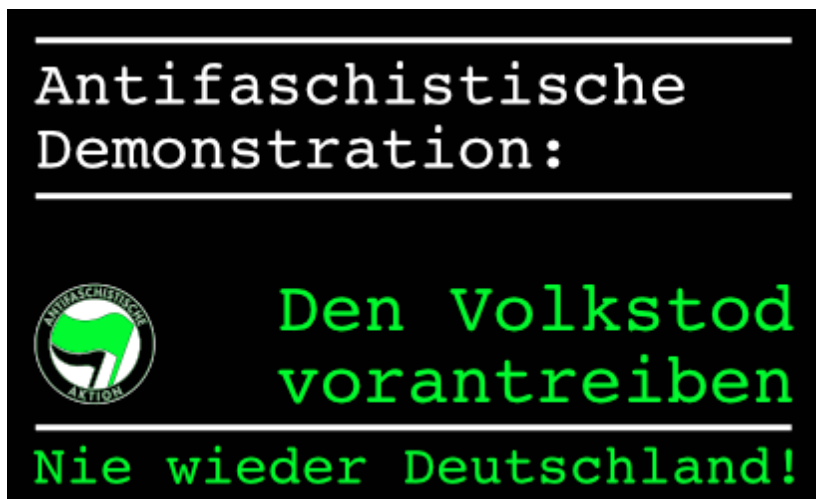
Das war nicht nur der Schlachtruf der Antifa in den 80er Jahren, sondern auch der Refrain in dem Musikstück »Deutschland muß sterben« der Punk-Musik-Gruppe *Slime*. Sänger der Musikgruppe ist *Dirk Jora*, einst Mitglied im Kommunistischen Bund, wie auch seine einstigen Parteigenossen *Ulla Jelpke* (heute Die Linke) und *Jürgen Trittin* (heute Bündnis 90/Die Grünen), die noch heute im Bundestag sitzen.

Damit nicht genug. Am 3.11.2000 entschied das Bundesverfassungsgericht mit dem Aktenzeichen 1 BvR 581/00, daß dieses Musikstück »Kunst im Sinne des Grundrechts« sei.

»Nie wieder Deutschland!«

Am 12.5.1990 fand in Frankfurt am Main eine Demonstration unter dem Motto: »Nie wieder Deutschland!« sowie »Gegen die Annexion der DDR! Gegen den deutschen Nationalismus!« statt – initiiert von der radikalen Linken.

In vorderster Linie war unter den Demonstranten die heutige Bundestagsabgeordnete *Claudia Roth* (Bündnis 90/Die Grünen) dabei.



Typisches Antifa-Vokabular auf vielen der unzähligen Propagandaseiten im Internet.

»Deutschland verrecke«

Seit Jahrzehnten konnten wir beobachten, wie sich vor allem die politische Linke in Deutschland für die vom Untergang bedrohten Völker eingesetzt hat, allerdings nicht für den Fortbestand unseres eigenen Landes und Volkes.

Im Gegenteil, viele von Ihnen versuchten die Teilung unserer Heimat zu zementieren. Ihre Sprüche wie »Nie wieder Deutschland« oder »Deutschland verrecke« waren und sind keine Seltenheit. Diesen Menschen dürfen wir nicht die Interessen unserer Heimat anvertrauen und schon gar nicht gehören diese Menschen in die politischen Parlamente.

Nachfolgend haben wir Zitate von einigen Politikern zusammengestellt, die in den Parlamenten wirkten und wirken. Urteilen Sie selbst, ob diese Menschen geeignet sind, die Interessen unseres Landes zu vertreten oder eher dazu geeignet sind, unsere Heimat zu zerstören und unser Volk aufzugeben.

Renate Schmidt (SPD), 1990 bis 1994 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, 2002 bis 2005 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 1987 im *Bayerischen Rundfunk*:

»Sterben die Deutschen aus? Das ist für mich nicht das Problem. [...] Die Frage, die Sie hier stellen, ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil dieses ist mir, also so wie sie hier gestellt ist, verhältnismäßig wurscht.«

Katrin Göring-Eckardt, Vorsitzende der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, im Bundestag am 16.9.2016 auf der Fachtagung »Bausteine für ein nachhaltiges Einwanderungsgesetz«:

»Deutschland ist ein Einwanderungsland und Deutschland muß ein Einwanderungsland bleiben.«

Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen), Bundestagsabgeordnete und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, in einem Gespräch mit dem *Handelsblatt* im Jahr 2016:



»Die beste Investition sind die Migranten

Kenan Kolat, der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, hat bei der TGD-Sitzung in Baden-Württemberg betont, daß 35 Prozent der Bevölkerung in Deutschland unter sechs Jahren einen Migrationshintergrund haben. Kolat: „In zwanzig Jahren wird dieser Anteil noch höher sein. Jetzt schon ist in manchen Städten dieser Anteil auf über 75 Prozent gewachsen. Deutschland muß diese Realität sehen.“ Diese Menschen werden Deutschland regieren und führen, betont Kolat und richtet das Wort an die Parteien, die die nächste Regierung bilden werden: „Die doppelte Staatsbürgerschaft ist die wichtigste Tagesordnung der TGD. Die SPD hat sie uns versprochen. Wenn die SPD zum zweiten Mal ihr Versprechen bricht und türkischstämmige Wähler enttäuscht, werden die Türken dies nicht vergessen.“

Sabah (türkische Tageszeitung),
21.10.2013

»Europa mit seinen rund 500 Millionen Menschen muß in der Lage sein, mehr Geflüchtete aufzunehmen, als wir es bislang tun.«

Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen), Bundestagsabgeordnete und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, gegenüber der F.A.S. im Jahr 2004:

»Wir haben eine multikulturelle Gesellschaft in Deutschland, ob es einem gefällt oder nicht. [...] Die Grünen werden sich in der Einwanderungspolitik nicht in die Defensive drängen lassen nach dem Motto: Der Traum von Multi-Kulti ist vorbei.«

Stefanie von Berg (Bündnis 90/Die Grünen), Abgeordnete der Hamburger Bürgerschaft, in einer Rede vor der Hamburger Bürgerschaft:

»Unsere Gesellschaft wird sich ändern. Unsere Stadt wird sich radikal verändern. Ich bin der Auffassung, daß wir in 20, 30 Jahren gar keine ethnischen Mehrheiten mehr haben in unserer Stadt [...] Daß wir eine superkulturelle Gesellschaft haben meine Damen und Herren [...] Und ich sage Ihnen noch ganz deutlich [...] Das ist gut so!«

Auf die schriftliche Anfrage eines besorgten Bürgers an **Cem Özdemir** »Meinen Sie tatsächlich, der Islam sei integrierbar in die christlich-abendländische Kultur ...?« antwortete über Facebook das »Team Cem« mit den Worten:

»Ich denke, daß die christlich-abendländische Kultur als solche nicht existiert. Vielmehr wird sie konstruiert, um andere Gruppen von ihr auszuschließen.«

Ursula von der Leyen (CDU), Bundesministerin der Verteidigung, laut FOCUS Online im Jahr 2008:

»Migrantenkinder sind unsere Zukunft [...] Ein Blick auf die demographische Entwicklung

zeigt, wie sehr wir diese Kinder brauchen: In 20, 30 Jahren erwarten wir von diesen Kindern, daß sie innovativ und verantwortungsbewußt dieses Land tragen.«

Aygül Özkan (CDU), 2010 bis 2013 Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration in Niedersachsen, 2010 im Gespräch mit der Berliner Morgenpost:

»Natürlich kann auch jemand mit Migrationshintergrund Kanzlerin sein. Unsere Welt ist nun mal so. Deutschland ist ein Zuwanderungsland. [...] Wir brauchen an unseren Gerichten dringend mehr Richter mit Migrationshintergrund. Damit die Betroffenen auch sehen, hier entscheidet nicht eine fremde Autorität, sondern wir gehören da auch zu.«

Wolfgang Schäuble (CDU), 2005 bis 2009 Bundesinnenminister, seit 2009 Bundesfinanzminister, 2006 während der Islamkonferenz:

»Der Islam ist Teil Deutschlands und Europas.«

Angela Merkel, Bundeskanzlerin, 2010 in der F.A.Z.:

»Moscheen etwa werden stärker als früher ein Teil unseres Stadtbildes sein.«

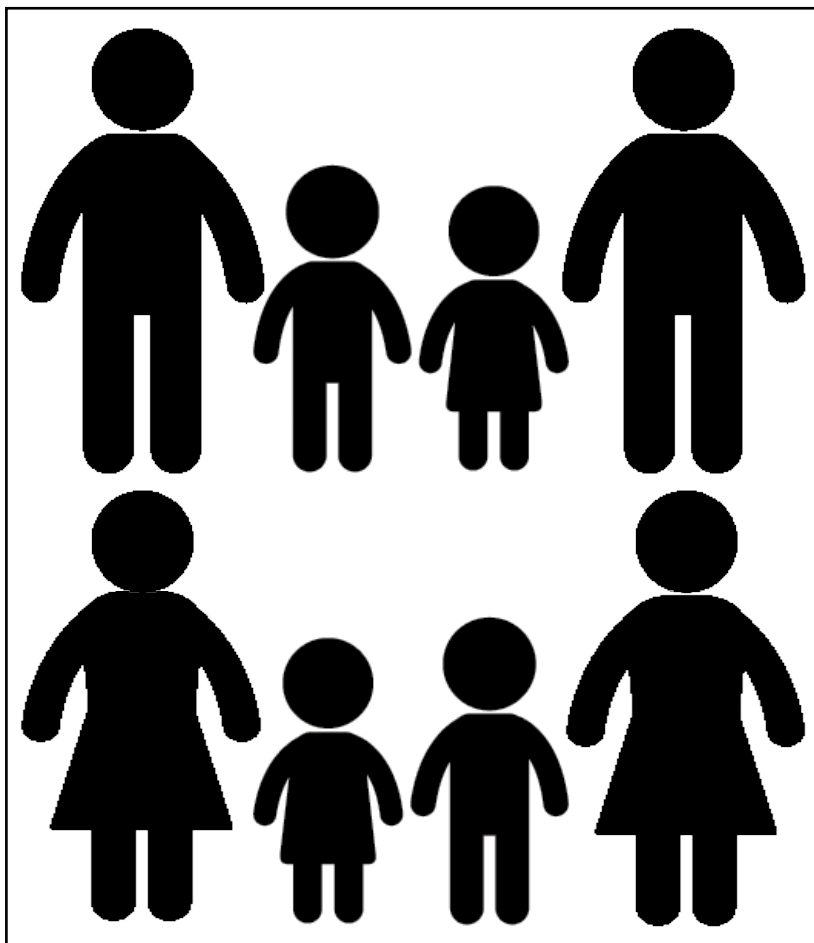
Die Scharia gehört zu Deutschland

Wenn Merkel, Wulff und Co. der Überzeugung sind, daß der Islam zu Deutschland gehört, dann können sie auch verkünden, daß das islamische Recht, die Scharia zu Deutschland gehört.

Die Zeit schrieb bereits 2009:

»Doch die Scharia braucht in Deutschland gar nicht mehr eingeführt zu werden. Es gibt sie auch hier bei uns längst an jeder zweiten Ecke.«

Die Abschaffung der Familie



Links-grüne Zukunft: Die Zerstörung der Familie als Programm

»Soziale Elternschaft« – Opferung der Familie auf dem Altar der Volkszerstörer

»Für die Anerkennung und angemessenen Schutz der vielfältigen Formen des Zusammenlebens«, setzen sich die grünen Bundestagsabgeordneten Volker Beck und Katja Dörner in einem offiziellen Thesenpapier seit Anfang September ein – und meinen die offizielle Ersetzung der biologischen Familie durch die sogenannte soziologische Familie.

Beck und Dörner meinen, ein Staat, der allein die in Ehe gegossene Familienform rechtlich berücksichtige, werde der Pluralität heutiger gemeinschaftlicher Formen des Zusammenlebens nicht gerecht: »Mit oder ohne

Kinder, in Ein-Eltern-Familien, in Regenbogenfamilien, in Mehr-Eltern-Familien, mit Adoptiv- oder Stiefkindern, verheiratet, verpartnert oder eben nicht«, so sehen die beiden Familienabschaffer die Familienwirklichkeit.

Im bundesdeutschen Familienrecht solle künftig »das Kindeswohl bei der Ausgestaltung von Familienrecht der zentrale Ausgangspunkt aller Überlegungen sein. Familie ist da, wo Kinder sind. Um der Kinder willen, darf bei der Förderung und Unterstützung von Familien nicht nach dem Familienstand der Eltern unterschieden werden. [...] Kinder dürfen nicht schlechter gestellt werden, nur weil ihre Familie nicht der traditionellen heterosexuellen ehelichen Kleinfamilie entspricht.«

Das Grundgesetz verlange gleiche Bedingungen für alle Kinder. Artikel 6 Grundgesetz, den Schutz der Ehe, als traditionelles, naturgegebenes Umfeld von Kindern, erwähnen die Familienzerstörer nicht.

Wie man das aus der Geschichte der Grünen kennt, werden die Kinder durch diese Forderung allerdings nur mißbraucht. In Wirklichkeit geht es um das wilde Umherbumsen der 68er: »Paare zweiter Klasse darf es nicht geben, denn gleiche Liebe verdient gleiche Rechte!«

Noch immer die Norm: Vater-Mutter-Kind

Beck und Dörner versuchen, der Öffentlichkeit ihre Regenbogenfamilien als Standardfall unterzujubeln, indem sie dafür noch andere Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende einspannen.

2015 seien 30 Prozent aller Familien, in denen minderjährige Kinder leben, »keine Ehen mit Kindern, sondern zum Beispiel Alleinerziehende mit Kind, Patchworkfamilien, nichteheliche Familien oder Regenbogenfamilien.« Links-grüne Augenwischerei!

Tatsache ist laut Statistischem Bundesamt (Stand 2014): 69 Prozent der Familien mit minderjährigen Kindern sind Ehepaare. 20 Prozent aller Familien mit Kindern sind Alleinerziehende; der Rest entfällt auf Patchwork- oder Regenbogenfamilien. Bundesweit nur 7.000 Kinder wachsen bei homosexuellen Eltern auf, davon 92 Prozent bei Frauen. Anders gesagt: »Für die Durchschnittsfamilie gilt: Eltern sind verheiratet und haben zwei Kinder.« (dpa-Meldung vom 4.4.2016)

Beck und Döring hätten vielleicht gerne weniger Hetero-Ehen und klassische Vater-Mutter-Kind-Familien. Wie es den Kindern in Patchwork, Alleinerziehung und



Foto: Sven Teschke / CC BY-SA 3.0 DE

Katja Dörner

Das »Westerwälder Mädle« (Selbstbeschreibung auf ihrer Internetseite) ist mit einem Mann verheiratet. Selbst keine Kinder habend mischt sie seit Jahrzehnten in politischen Kinderkommissionen, beim Kinderhilfswerk und familienpolitischen Ausschüssen mit. Mitglied ist sie u.a. bei Amnesty International, Frauen helfen Frauen e.V., und Ausbildung statt Abschiebung e.V..

Die betont links-grüne Politologin ist sogar laut eigenem Lebenslauf der klassische Typ des volksfernen Berufspolitikers: Seit 1992 bei den Grünen aktiv, stolperte sie vom Abitur direkt in die Uni, um von dort wiederum ohne nennenswertes außerpolitisches Berufsleben in die Politik zu stolpern.



Foto: www.stephan-roehl.de flickr / CC BY-SA 2.0

Und Volker Beck?

Ohne Worte!

Diese Leute wollen uns etwas über das Beste für Kinder und Familien erzählen.

Das hier zitierte Thesenpapier »Wahlfreiheit und Gleichberechtigung« finden Sie auf der offiziellen Grünen-Netzseite »GRÜN.LINKS.DENKEN«. Im Impressum findet sich die Anschrift des Deutschen Bundestages.

Homopartnerschaften aber geht, erfahren wir nicht. Auch nicht, daß die vielen Alleinerziehenden das Ergebnis ihrer eigenen 68er-Ideologie sind.

Stattdessen soll es künftig für gleichgeschlechtliche Lebenspartner dieselbe finanzielle Förderung für reproduktionsmedizinische Maßnahmen geben wie für Eheleute.

Soziale Elternschaft – Auffangkonstrukt für Homos?

Es solle außerdem ein Rechtsinstitut »soziale Elternschaft« eingeführt werden. Das heißt, Eltern eines Kindes können nicht nur die biologischen Eltern sein, sondern letztlich jeder, der ein »Elter« [so der Gender-Neusprech] sein möchte. *»Dieses Rechtsinstitut soll ermöglichen, daß neben den leiblichen Eltern maximal zwei weiteren Erwachsenen elterliche Mitverantwortung übertragen werden kann, also zum Beispiel den neuen Partner*innen der leiblichen Eltern.«*

In sogenannten Mehrelternkonstellationen solle es aufgrund einer laut Beck und Döring einzuführenden »Elternschaftsvereinbarung« möglich sein, bereits vor der Geburt eines Kindes rechtlich verbindliche Regelungen für das Kind zu treffen. *»So könnte ein lesbisches und ein schwules Paar, die gemeinsam in einer Regenbogenfamilie ein Kind bekommen wollen, bereits vor der Geburt den jeweils nicht leiblichen Eltern „elterliche Mitverantwortung“ übertragen oder zwischen Mutter und Samen-spender verbindliche Regelungen zur Vater-Kind-Beziehung vereinbart werden.«*

Hier zeigt sich einmal mehr: die »soziale Elternschaft« hat mitnichten eine Patchworkfamilie im Blick, in der sich Mann und Frau aus gescheiterten Beziehungen wieder unter neuem Dach samt der »mitgebrachten« Kinder zusammenfinden. Im Vordergrund

»Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.«

Art. 6 Abs. 1 Grundgesetz

»Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.«

Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz

steht knallharte Lobbypolitik für Schwule und Lesben. Der Samenspender darf dann noch seine Unterhaltspflicht für die Kinder der Lesben-Mamas erklären und bekommt im Tausch ein paar Besuche.

Man muß kein Christ, Jude oder Moslem sein, um in diesem Vorhaben ein Familienzerstörungsprogramm zu erblicken, das wider die natürliche Ordnung und Evolution handelt. Familie als Keimzelle der Gesellschaft? Nicht mit den Jüngern von Marx, Lenin, Horkheimer und Adorno!

Nachdem es den roten Menschenversuchlern gelungen ist, die Frau aus dem »Joch der Ehe« zu befreien, nachdem die Deutschen aufgrund roter Emanzipation und globalem Kapitalismus kaum noch Kinder bekommen, sollen die verbliebenen Kinder nun vollends zum Abschluß für soziologische Experimente freigegeben werden.

Was die Millionen muslimischer Einwanderer dazu sagen werden, die sehr wohl noch an ihren Traditionen hängen?

»Für die Flüchtlinge macht Ihr alles, für uns Deutsche nichts!«



Rathaus in Leopoldshöhe

Foto: Leopold070 / wikimedia commons / CC BY-SA 3.0

So hört man es landauf und landab. Dieses weit verbreitete Gefühl war mit Sicherheit auch ein Grund für die Wahlschlappen der etablierten Parteien bei den letzten Landtagswahlen.

Die Regierungsparteien wehren sich natürlich lautstark gegen diesen Vorwurf. Die sozialen und finanziellen Segnungen des Sozialstaates würden allen gleichsam zuteil: »Gleiches Recht für alle!«.

Meist fällt es sich benachteiligt fühlenden Bürgern schwer, diese Kritik sachlich zu begründen, denn auch die Meinungsmacher der Massenmedien leugnen das und verschweigen gegenteilige Beispiele. Deshalb hier eine Geschichte aus dem Lipperland:

Keine Baugenehmigung für private Nutzung

Wolfram Michel (26, Name bekannt, aber hier geändert) wohnt im Bauernhaus seiner Eltern im Ort Leopoldshöhe. Weil er nun mit seiner Freundin ein eigenes Zuhause haben wollte, faßte er den Plan, die ehemals landwirtschaftlich genutzte, jetzt leerstehende Scheune auf dem Grundstück als Wohnung umzubauen.

Die Kosten schätzte er auf rund 80.000 Euro. Also legte er ordnungsgemäß einen Bauantrag vor.

Die Kreisverwaltung Lippe lehnte den Antrag ab: Der Hof läge im »Außenbereich« der Siedlung und für den gäbe es keinen Bebauungsplan, und die Kreisverwaltung wolle die Bildung von sogenannten »Splittersiedlungen« verhindern.

Ausnahmegenehmigung für Flüchtlingswohnungen

Dem Antragsteller wurde beschieden, daß er die Scheune unter der Bedingung umbauen könne, wenn er sie für die Dauer von drei Jahren für Flüchtlinge zur Verfügung stellen würde. Dann würden auch die Ausnahmesonderregelungen für Flüchtlingsunterkünfte greifen statt der »allgemeinen Bauregeln«.

Und dann der Hammer: »Der Eigentümer verpflichtet sich, das Gebäude nach Ablauf der Nutzung als Unterkunft für Flüchtlinge und Asylsuchende ersatzlos und entschädigungsfrei auf den zulässigen Stand zurückzubauen.«

Aus dem Wohngebäude müßte also wieder eine Scheune werden, wenn die drei Jahre um sind.

»Dann kommt es auf jeden Zentimeter an und im schlimmsten Fall müßten die Umbauarbeiten, die für eine Flüchtlingsunterkunft toleriert werden, wieder rückgängig gemacht werden« beklagte sich Herr Michel – wie man sich denken kann, erfolglos.

Gleichheit vor dem Recht gilt nicht

Um für sich, seine Freundin und eine Familienplanung doch noch die Scheune als Wohnung herrichten zu können und als Zeichen seines Protestes gegen solche Schildbürgerpolitik stellte Herr Michel letztlich einen Asylantrag, hilfsweise die Gleichstellung mit diesen, fußend auf Artikel 3 des Grundgesetzes: »Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich«.

Der landete – unter peinlicher Einhaltung aller bürokratischen Regeln – beim Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen. Das lehnte den Antrag ab, weil er als Deutscher ja keinen Asylantrag stellen könne. »Jetzt bin ich ratlos«, sagt Herr Michel.

Eine Satire, ein »fremdenfeindliches« Märchen?

Wer's nicht glaubt, frage bitte selbst nach:

- Bürgermeisteramt Leopoldshöhe; Bürgermeister Gerhard Schemmel, Tel. 05208 / 991-400
- Kreisverwaltung Lippe, Dietmar Vehmeier, Fachdienst Bauen, Tel. 05231/62-608.

Ein Schreckensszenario: **Die Monster sind los!**



Foto: Olaf Koehn/Sillshare.eu / CC BY-SA 3.0 DE (bearbeitet)

Eine Woche vor der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus warnte die Generalsekretärin der SPD, *Katarina Barley* (Foto), mit Blick auf die AfD vor den »Monstern« der »Rechtspopulisten«.

ZDF-Express, 11.9.2016

Unter den Begriffen »Pack« und »Mob«, die andere staatstragende Demokraten verwandten, kann man immerhin noch vermuten, daß Menschen gemeint waren.

Aber »Monster«? Diese Kreaturen sind wohl nun zu Nicht-

menschen mutiert. Man sollte überlegen, ihnen folgerichtig das Wahlrecht abzuerkennen ...!

Man stelle sich vor, diese »Monster« würden tatsächlich fünf oder zehn Prozent der Stimmen bei der Bundestagswahl erreichen und damit mindestens 32 Abgeordneten der Volksabschaffer-Parteien die Diätensessel wegnehmen: wahrlich ein Schreckensszenario!

Auch wenn einige davon »abgekauft« oder ausgeschlossen werden, es würde endlich lebendig im Bundestag.

Asylbewerber im Heimaturlaub?

Wie die *Welt am Sonntag* recherchiert hat, verbringen anerkannte Asylbewerber, die arbeitslos gemeldet sind, ihre Ferien in den Ländern, aus denen sie geflüchtet sind.

Das heißt, die »unter Lebensgefahr Geflüchteten« sind bei uns als arbeitslos gemeldet, empfangen Leistungen auf Hartz-IV-Niveau und fahren für Wochen nach Syrien, Afghanistan oder in den Libanon, um dort ihren Urlaub zu verbringen.

Jedem Behördenmitarbeiter, der einen Funken Zivilcourage hat, müßte die Hand streiken, wenn ihm ein solcher Antrag vorgelegt wird.

Den Führenden in Ministerien und Behörden müßte die Hand abfallen, wenn sie nicht umgehend entscheiden:

Wer in dem Land, in dem er angeblich an Leib und Leben gefährdet ist, Urlaub macht, verliert ab sofort den Asylstatus und erhält ein Verbot der Wiedereinreise in die Bundesrepublik.

Liebe Leser, ganz privat:

Langjährige *UN*-Leser wissen, daß wir uns seit mehr als 45 Jahren nicht von irgendeiner Partei »vereinnahmen« lassen.

Man weiß auch nicht, wo diese AfD hinsteuert. Den einen ist sie mit ihren »Unvereinbarkeitsbeschlüssen« zu angepaßt, den anderen zu radikal.

Ihr hilfloser Versuch, sich gegen »rechts« abzugrenzen, wird nach den Erfahrungen aller, die die Parteiengeschichten nationaler, freiheitlicher, patriotischer Parteien seit Gründung der Bundesrepublik bis heute verfolgt haben, vergeblich sein. Sie sind und bleiben für das Parteienkartell »Monster«, die mit allen Mitteln bekämpft werden müssen.

Es geht den etablierten Parteien darum, Konkurrenten um Wählerstimmen und Mandate auszuschalten und eine volkserhaltende Politik zu verhindern, da kann sich die AfD winden und drehen, wie sie will. Sie ist für die Volksabschaffer ein Feind, der mit allen Mitteln zerschlagen werden soll.

Hoffen wir, daß im nächsten Bundestag die Themen dieser *UN*, die Sie in der Hand halten, endlich angesprochen und allen Deutschen die Augen geöffnet werden!

Das heißt aber: Nicht abwarten, sondern täglich mit unseren *UN* einen weiteren Deutschen zum Nachdenken anregen!

Ihre UN-Mitarbeiter

Bargeld – welches Bargeld?



Kenneth Saul »Ken« Rogoff



Lawrence Henry »Larry« Summers



Mario Draghi

Eins muß man ja den One-World-Strippenziehern zugestehen: Sie sind nicht blöd!

So haben sie natürlich erkannt, daß die Menschen, speziell in Europa, sich momentan mit existenziellen Problemen herum-schlagen.

Dies ist genau die richtige Zeit und Gelegenheit, um still und heimlich Dinge in Gang zu setzen, die dann in Zukunft unumkehrbar sind.

Wie *FOCUS Online* berichtete, tun sich vor allem zwei Männer als Vorkämpfer einer Welt ohne Bargeld hervor. Dies sind *Kenneth Rogoff* und *Larry Summers*.

Diese beiden gehören, genau wie *EZB-Chef Mario Draghi* und weitere einflußreiche Notenbanker, der »Group of Thirty« an.

Diese Gruppe wurde von der *Rockefeller Foundation* ins Leben gerufen. Wie in jeder ehrenwerten Familie üblich, gibt es auch hier eine saubere Aufgabenteilung. Während die einen durch ihre Presse-macht die öffentliche Meinung beeinflussen, sitzen die

anderen direkt in den Schaltzentralen und können so als Befehlsempfänger in absehbarer Zeit das Bargeld abschaffen.

Schon jetzt gibt es Obergrenzen bei der Bargeldbenutzung und über die Verfügungsgewalt von Konten.

Nachdem Negativzinsen immer mehr zur Normalität werden, wird in Zukunft dem Bürger verwehrt werden, sein Geld in höheren Beträgen abzuheben.

Fast hätten wir vergessen es zu erwähnen: *Mario Draghi* (EZB-Präsident), *Marc Carney* (Chef der *Bank of England*) und *William Dudley* (Präsident der *Federal Reserve Bank of New York*) gehören nicht nur dieser illustren Gruppe an, sondern waren auch früher für *Goldman Sachs* tätig.

Goldman Sachs soll der griechischen Regierung geholfen haben, durch spezielle Finanztransaktionen das enorme Haushaltsdefizit zu verschleiern. Nur so konnte in Griechenland die Euro-Währung eingeführt werden. Noch Fragen?

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: **DE45ZZZ0000086750**; Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt
 Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name (Kontoinhaber) _____

Name des Kreditinstituts _____

BIC (SWIFT) _____

IBAN _____

- Dieses Mandat gilt nur für nebenstehende Einzugsermächtigung.
- Für die Vorankündigungen (»Prenotification«) der Lastschriften gilt eine verkürzte Frist von 2 Kalendertagen.

 Datum, Unterschrift

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., folgende Beträge mittels Lastschrift von meinem Konto einzuziehen:

Betrag: _____ Euro

- einmalig jährlich
- halbjährlich zweimonatlich
- vierteljährlich monatlich

ab (Datum): _____

 Datum, Unterschrift

Hinweis: Diese Einzugsermächtigung kann nur mit einem gültigen SEPA-Lastschriftmandat ausgeführt werden.

Offizielle Wirtschaftsdaten**Erwerbstätige:**Juni 2016: 43,667 Millionen ¹⁾Juli 2016: 43,712 Millionen ¹⁾**soz.-versich.-pfl. Beschäftigte:**Mai 2016: 31,417 Millionen ¹⁾Juni 2016: 31,386 Millionen ¹⁾**Offizielle Arbeitslosigkeit:**Juli 2016: 2.661.042 ¹⁾August 2016: 2.684.289 ¹⁾**Leistungsempfänger:**

ALG, ALG II und Sozialgeld

Juli 2016: 6.685.260 ¹⁾August 2016: 6.672.838 ¹⁾**Offene Stellen:**Juli 2016: 673.889 ¹⁾August 2016: 685.238 ¹⁾**Staatsverschuldung:**2.033.692.017.092 Euro ²⁾**Schuldenzuwachs pro Sekunde:**115 Euro ²⁾**Schulden pro Kopf:**03.09.2016: 24.962 Euro ²⁾28.09.2016: 24.966 Euro ²⁾¹⁾ Bundesagentur für Arbeit, 28.9.2016²⁾ Bund der Steuerzahler, 28.9.2016**Burka - Burkini - Blendgranaten**

Bei der Bundeswehr und bei Anti-Terror-Einheiten werden erfolgreich Blendgranaten eingesetzt, um den Gegner orientierungslos und blind zu machen.

Diese bewährte Taktik setzen nun auch die Parteien ein.

Da nun endgültig feststeht, daß sich das »blöde Volk«, das »asoziale Pack«, die »Ängstlichen« und die »Verlierer« nach 70 Jahren Umerziehung nicht mehr länger täuschen lassen wollen, werden die erwähnten Blendgranaten und Nebelkerzen in Stellung gebracht – mit massiver Unterstützung der öffentlich-rechtlichen Medienanstalten und der gleichgeschalteten Presse.

Die gestern noch mit verzückten Augenaufschlag »Wir schaffen das« krähten, rudern heute zurück. Als Speersitze der »Abendlandretter« und der »Wählerverdummer« tun sich vor allem CSU-Politiker hervor.

Nach bewährtem Muster sind sie dazu auserkoren, mit vaterländischen Phrasen Wähler zurückzugewinnen.

Sie wollten uns glauben machen, daß mit dem Verbot der Burka oder des Burkinis Deutschland und Europa gerettet wären.

Man könnte sich jetzt getrost zurücklehnen und sich fragen: Für wie blöd hält man uns eigentlich, um darauf reinzufallen?

Bedauerlicherweise zeigt die Vergangenheit, daß diese durchsichtigen Parolen leider immer wieder beim Wähler verfangen.

Darum müssen wir hier, jetzt und heute anfangen, Nachbarn, Freunde und Bekannte über die Taschenspielertricks der jetzt noch Mächtigen aufzuklären!

Bei allen anstehenden Wahlen kann das Motto nur sein:

Keine Stimme den etablierten Parteien!

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).

Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.

Ich bitte um Zusendung von _____ Ex. der UN-Ausgabe Nr. _____ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).

Einen Kostenbeitrag von _____ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - überweise ich auf nebenstehendes Konto.

Name/Anschrift: _____

Geb. am/Beruf: _____ Telefon: _____

Ihre UN-Anschriftenummer, falls bekannt: _____

(Falls Sie von uns schon Sendungen mit aufgedruckter Adresse bekommen haben, finden Sie diese Nummer direkt über Ihrer Anschrift zwischen ## und #)

ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten
Postfach 101706
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32

Telefax: 0208 - 84 87 057

E-Post: info@un-nachrichten.de

Bankverbindung:

FK UN e.V.

IBAN: DE75 1001 0010 0636 5391 01

BIC: PBNKDEFF

Internet:

www.un-nachrichten.de

www.fb.com/UN.Nachrichten

Impressum:

Herausgeber: Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

verantwortw. Schriftleiter: Annette Kruse

Für unverlangt eingesandte Zuschriften wird keine Haftung übernommen! Alle Texte dürfen, möglichst mit Quellenangabe, weiterverbreitet werden.

Kein gewerbliches Unternehmen. Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen